

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 45 / 45. Jahrg.

11. Novbr. 1932

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement** Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-  
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

**Insertion** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*  
Postverlagsort: Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseitentell verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Theodor Leipart: Kulturaufgaben der Gewerkschaften

In der Nachkriegszeit waren gewisse Ansätze dazu vorhanden, die Arbeiterschaft in das kulturelle Leben der Nation einzubeziehen. Das war gegenüber der Vorkriegszeit ein Fortschritt, den wir zu würdigen wissen. Die Vorkriegszeit schloß den Arbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus. Eine kleine Adelskaste teilte sich mit dem Bürgertum in die Macht in Staat und Wirtschaft.

Die Arbeiterschaft war ohne Anteil an der Kultur. Diese war vielmehr auf die Oberklasse zugeschnitten. Gelehrte, Beamte, Richter, Industrielle, sie alle waren exklusiv und schauten mit Geringschätzung auf die werktätige Arbeit. Unsere Arbeiterschaft sah daher hinter der Ideologie, hinter dem Bildungs- und Kulturinteressen dieser Kreise nur den krassen Macht- und Besitzstandpunkt.

Es war Kultur kleiner Kreise, vom Volksganzen aus gesehen keine Kultur. Es fehlte an jeglicher Volksbildung. Es fehlte darum aber auch an einer wirklichen geistigen Führung. Es fehlte an einer Staatskunst, die ein Volk in kritischen Zeiten zu führen vermochte.

Wenn wir uns dieses Bild der Vergangenheit vor Augen halten, so möchten wir fast glauben, daß es eine Schilderung dessen ist, was seit den letzten Wochen unserer Geschichte wieder anzubrechen scheint. Weite Teile des Bürgertums glauben, in dieser neuen Staatspolitik ihre bürgerliche Kulturauffassung zu retten.

Wie weit ist das aber alles von den Idealen entfernt, die in der Freiheitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Bürgertum verkündet wurden. Wie weit entfernt von dem Geist eines Fichte, der zuerst die Forderung einer Volksbildung aufstellte, die diesen Namen wirklich verdienen, einer Bildung, die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schicht duldet, die nicht mehr Bildung als das Vorrecht irgendeiner Gruppe innerhalb der Nation betrachtet. Was ist aus diesen hohen Zielen eines Fichte geworden?

Seitdem das Großbürgertum seine Herrschaft angetreten hat, ist eine betrübende Wandlung in der Stellung der Intellektuellen zum Volke eingetreten, die im großen und ganzen auch in der Nachkriegszeit noch fortbestand und in der Reaktion unserer geistig gerichteten Kreise geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Wo sind die Männer heute, die wie Fichte die Aufgaben einer wahren und umfassenden Volksbildung aufzeigen?

Früher waren es noch Männer wie Rudolf Sohm, Lujo Brentano und Anton Menger, ein Konservativer, ein Liberaler und ein Radikaler, die in mahndem Zuruf an die Intellektuellen die gleiche Klage geführt haben über die Teilnahmslosigkeit der Gebildeten gegenüber dem politischen und sozialen Leben und über die Unvollkommenheit einer Bildung, die mit den lebendigen Kräften des Kulturfortschritts zu zerfallen droht.

Wir sind arm an solchen Männern und brauchen sie dringender als jemals. Wir stehen erschrocken vor der Uninteressiertheit unserer gebildeten Kreise, die zum größten Teile sich der Reaktion anschließen, anstatt mit uns das geistig zu unterbauen, was von uns an sozialen Reformen erreicht worden ist. Sie bleiben an ihre sozialen Schichten gebunden. Sie stoßen nicht zur Arbeiterschaft, als wir sie so dringend bräuchten. Sie haben am wenigsten Grund, uns heute vorzuwerfen, daß von uns in der Nachkriegszeit nicht genug geschaffen worden sei. Was wir geschaffen haben, haben wir aus eigener Kraft schaffen müssen, und wir sind stolz darauf.

Es ist nur zu erklärlich, das angesichts dieses Aufstrebens der untersten Klasse, die aus dem Elend kapitalistischer Anfänge sich entwickelte

und jahrhundertalte soziale Gruppen in ihrer Machtstellung erschütterte, sich die besitzenden und bisher regierenden Gruppen zum Kampf zusammenschlossen, um ihre Vorrechte zu festigen oder wiederzugewinnen.

Die Demokratisierung auf dem Gebiete der Politik und der Sozialpolitik bewirkte eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr zur Aufgabe für alle Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit am öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturgütern erkämpft haben.

Es bleibt ein großes Versäumnis der Nachkriegszeit, daß es nicht gelungen ist, mit dieser Entwicklung eine grundlegende Umgestaltung unseres gesamten Bildungswesens herbeizuführen. Und hier liegt die Schuld bei den intellektuellen Schichten, die den Geist der Zeit nicht verstanden haben. Das große Ziel, das unser Staat sich hätte stellen müssen, die Arbeit in all ihrem Reichtum moderner Vielgestaltigkeit zum beherrschenden Mittelpunkt des Bildungswesens zu machen, ist kaum in Angriff genommen worden. Die alten Institute blieben in ihrem Wesen unangreifbar.

Darum sind unsere Bildungsstätten, vor allem unsere Universitäten, nicht Ausdruck der sozialen Umgestaltung und einer neuen Kulturgemeinschaft. Darum übernehmen sie nicht die Rolle im öffentlichen Leben, eine neue Zeit mit neuer geistiger Kraft vorwärts zu treiben.

Weil unser öffentliches Bildungswesen versagt hat, galt es für uns, ein eigenes Bildungswesen mit neuen Bildungsidealen auszubauen.

Hierzu soll die zentrale Bildungsstätte in Bernau die Grundlagen schaffen. Hier werden wir unsere Erfahrungen sammeln, um dann die örtliche und bezirkliche Bildung zu vertiefen. Wir besinnen uns auf unsere eigenen Bildungseinrichtungen, weil in dieser Krise die Arbeiterschaft nun wieder aus den Bezirken des öffentlichen Lebens verdrängt wird und wir die geistigen Rückschläge, die sich daraus ergeben müssen, überwinden wollen.

Verkennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißen den Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturbolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.

In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.

Die Bedeutung, die die Gewerkschaften damit erneut gewinnen, zwingt uns, unsere Kulturarbeit zu überprüfen und zu den großen Fragen des kulturellen Lebens überhaupt Stellung zu nehmen. Ich bin mir bewußt, daß dies im Rahmen dieses Aufsatzes in umfassender Weise nicht möglich ist und daß ich mich darauf beschränken muß, auf einige dringende Fragen der Gegenwart einzugehen.

Weite Kreise unseres Volkes zweifeln heute an dem Sinn des technischen Fortschritts und greifen die Gewerkschaften an, weil sie sich zu ihm bekennen. Aber man vergißt hierbei oft, daß es nicht die Technik an sich ist, sondern die Wirtschaftsform, in der die Technik verwendet wird, die den Men-

schen degradiert. Wir wollen, daß die Technik noch ganz anders als heute den Menschen von den Lasten des Lebens befreit.

Die Technik soll uns nicht von der Natur entfernen. Sie soll uns erst recht helfen, die Natur zu erobern und eine bessere Welt zu gestalten.

Wir sind überzeugt, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Technik sich voll zum Nutzen der Menschen entfalten kann. In ihr werden der Erfinder und der Entdecker nicht an das Interesse kapitalistischer Machtgruppen gebunden sein, sondern wie alle großen Erfinder es wollen, ihre Erfindungen wirklich zum Wohle der Allgemeinheit verwerten und darum auch auf den Schutz und die Hilfe der Gesellschaft rechnen können.

Man wirft uns Arbeitern oft vor, wir seien materialistisch. Man sieht oder erkennt nicht, daß wir die Wirtschaft in den Zusammenhang des ganzen Lebens einordnen wollen, daß die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Menschen zu geben, was er braucht. Gerade die Schichten, die uns Materialismus vorwerfen, haben die Wirtschaft zum Selbstzweck gemacht. Wir wollen sie in den Dienst unserer Kulturideen stellen.

Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen. Jede einzelne Geschichte unserer Verbände, die von den Vorständen bisher herausgegeben wurde, ist gleichzeitig eine Geschichte der betreffenden Gewerbezeile, die mit all der Liebe geschrieben ist, die man dem Werden unseres Volkes entgegenbringt. Ich denke hierbei an die Werke von Hermann Müller, August Brinkmann, Otto Hue, Alexander Knoll u. a., auch an die Geschichte des Handwerks von Rudolf Wissell.

Wir wissen in diesem Zusammenhang auch die Kräfte der Tradition zu schätzen, ohne die eine Bewegung steuerlos hin und her treibt. Wir sind stolz auf diese unsere Geschichte. In ihr haben Männer gewirkt, die ihr Bestes für die Freiheit der Arbeiterklasse hingegeben haben.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Aufbaubarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Es ist eine Arbeit gewesen, die sich aber auch an uns gelohnt hat. Wir sind durch eine harte Schule gegangen. Wir bereuen es nicht, weil wir wissen, daß nur die Schicht am Ende sich durchsetzt, die auch die stärksten geistigen und sittlichen Kräfte in sich trägt.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf.

Wir haben alles unterstützt, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht instand, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Leben ab, das wir in uns tragen.

Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der

Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker. Wir sind keine Kompromißnaturen trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben.

Wir führen unsern sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinne der Zusammenarbeit der Völker. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung. Die jüngsten Kämpfe beim Rundfunk, Film und Theater gegen künstlerische Kräfte aus dem Auslande lehnen wir entschieden ab. Die besten Geister, auf allen Kulturgebieten sind nicht an die eine oder andere Nation gebunden.

Es war der Stolz der Fürsten in früherer Zeit, Kräfte heranzuziehen, wo sie in der Welt auch stecken mochten, um sie für die deutsche Kultur fruchtbar zu machen. Ich erinnere an Goethes weltbürgerliche Haltung und an die Freundschaft Friedrichs des Großen mit Voltaire. Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.

Wir sehen die deutsche Sendung darin, daß wir dieses Verständnis für die schöpferischen Kräfte in anderen Ländern immer wieder aufbringen. Uns sind unsere kulturellen Institutionen zu schade, irgendwelchen beschränkten Kräften sichere Positionen zu bieten. Wir wollen vor allem nicht, daß unsere kulturellen Einrichtungen nur für kleine privilegierte Gruppen da sind.

Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteibildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich vorher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.

Wir sehen darum auch nicht in den anderen Parteien von vornherein schon unsere Gegner. Wir bekämpfen sie nur dann, wenn sie unseren Weg hemmen wollen und vor allen Dingen, wenn sie glauben, von ganz anderen Grundauffassungen her, als wir sie haben, politische Fragen lösen zu wollen.

Wir kennen Toleranz. Aber wir sind auch unerbittlich, wenn es um letzte Machtentscheidungen geht. Die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt, in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird.

Unsere Gegner berufen sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum. Sie fordern eine staatliche Kulturpolitik, die ihnen helfen soll. Sie wollen die politische Situation ausnutzen, um der christlich-konservativen Sache auf diese Weise zu helfen. Es dient der religiösen Sache keineswegs, wenn die heutige Reaktion sich christlich tarnt. Wir warnen vor einer solchen Entwicklung auf Grund der Erfahrungen der Geschichte.

Wir warnen auch im Interesse der religiösen Empfindungen unserer Mitglieder. Die Kirche erweist sich keinen Dienst, wenn sie sich dazu ergibt, die politische Entwicklung rückwärts zu richten. Sie sollte wissen und nicht übersehen, wie die Staatsmacht sich wandeln kann.

Wir fordern Freiheit des Bekenntnisses. Wir betonen aber auch, daß unsere kulturpolitischen Forderungen von den stärksten Impulsen der menschlichen Befreiungsbewegung getragen sind, wie sie sich seit Jahrhunderten in der Emanzipation der europäischen Menschheit von kirchlich-kerklichen Bindungen auswirkt. Die Wendung von einer im Jenseits verankerten zu einer die irdische Gegenwart behandelnden Haltung gibt unserer Kulturarbeit den tiefsten Sinn.

Aus dieser Wendung folgt unsere leidenschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, folgt unsere Bejahung der Lebensfreude, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen. Sie hält uns andererseits nicht ab, ehrfurchtsvoll vor den Toren des Ewigen zu stehen, die unserer menschlichen Erkenntnis verschlossen sind, und die Mächte zu schützen, die sich um diese letzte große Lösung von endlichem Dasein und unendlichem Weltgeschehen bemühen.

Wir Sozialisten entbehren nicht des religiösen Gefühls. Die Religion darf uns jedoch nicht von dem Arbeiterschicksal ablenken. Sie muß uns vielmehr die Kräfte stärken, die unserem Befreiungskampfe dienen. Diese Auffassungen entsprechen unserer religiösen Toleranz. In diesem Sinne lassen wir den Kirchen die Möglichkeit ihres Wirkens, ohne ihnen jedoch eine staatliche Vormachtstellung einzuräumen.

Wir wollen allerdings mehr als Wunden heilen. Wir wollen sie nach Möglichkeit verhindern und

streben deshalb nach einer Weltgestaltung, die das Menschentum immer stärker zur Geltung bringt. Wir führen unsere Kämpfe, unsere sozialen und nationalen, letztlich im Sinne des Menschheitsgedankens. Wir bekennen uns deshalb zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt.

Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht. Unser Lohnkampf ist ein Befreiungskampf. Der Kampf um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Notverordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Unsere Arbeit ist oft so unscheinbar. Man sieht den Aktionsradius nicht, der sich hinter unserer Arbeit aufbaut. Man sieht die Kulturideen nicht, die sich nur dem Erschließen, der von unserer Bewegung innerlich erfüllt ist.

Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuß für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserem Volke zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserem Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pfllichterfüllung. Das ist das Menschheitsbild, das uns vorschwebt, das wir jedoch nicht erreichen, solange die gegenwärtige Ordnung nicht überwunden ist.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Wir hängen keinen Träumen nach. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß. Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.

Wir wünschen, daß in den Reihen der geistig gerichteten Kreise diese unsere Haltung Zustimmung findet. Sie sollten auf sich wirken lassen, was Nietzsche in der „Fröhlichen Wissenschaft“ über die revolutionäre Haltung des Deutschen zum Ausdruck gebracht hat: „Wir Deutschen sind Hegelianer, auch wenn es nie einen Hegel gegeben hätte, insofern wir dem Werden, der Entwicklung, instinktiv einen tieferen Sinn und reicheren Wert zumessen, als dem, was ist“.

## Das Recht des Volkes besteht in der Demokratie

Die Tatsache, daß die unveräußerlichen Menschenrechte keinen rechtlichen Anspruch an die Staatsgewalt begründen, sondern eine Maxime des sittlichen Handelns darstellen, macht es begreiflich, daß alle Versuche, den Inhalt dieser Menschenrechte juristisch zu definieren, gescheitert sind.

Nun muß aber durchaus das Mißverständnis vermieden werden, als ob die Menschenrechte als sittlicher Leitsatz der Politik nur Pflichten gegen andere normieren würden, wie sie bereits in der christlichen Lehre ausgesprochen sind. Vielmehr besteht die Bedeutung der klassischen Humanitätslehre darin, daß sie an die Stelle der leidenden die handelnde Menschlichkeit, das Gesetz der menschlichen Selbstachtung setzt und dadurch aus Bettlern Kämpfer, aus Untertanen Staatsbürger macht. Diese sittliche Empfindung menschlicher Selbstachtung bäumt sich gegen den Gedanken auf, daß wir Menschen von einer regierenden Gewalt als bloße Sachen behandelt werden sollen. Der Staat nimmt uns unser Eigentum, wenn er uns Steuern auferlegt, er nimmt uns unsere Freiheit, wenn er uns zum Militärdienst aushebt, er zwingt uns, unser Leben in die Schenken zu schlagen, wenn er uns auf das Schlachtfeld schickt. Er katarisiert, inspiziert, vigiliert, registriert und reglementiert uns auf hundertfältige Weise. Vor jedem von uns steht er als ein Ungetüm, gegen das wir einzelnen so wehrlos bleiben, wie Odysseus und seine Gefährten in der Höhle des menschenfressenden Polyphem. Auch seine Versicherung, daß er uns menschlich behandeln, daß er sogar unser Wohlwäter sein wolle, vermag uns das Verhältnis zwischen unserer entwickelten Eigenpersönlichkeit und ihm noch lange nicht erträglich zu machen. Denn wären diese Versicherungen glaubwürdig, so wollten wir dennoch lieber die ewig vollen Schlüssel einer satten Sklaverei von den Tischen stoßen und in die kahle Wildnis flüchten, als unser ganzes Leben lang ein Schicksal über uns zu wissen, von dessen Gnade oder Ungnade wir abhängig sind.

Menschenrecht und Staatsgewalt würden wie unersöhnliche Gegensätze gegeneinanderprallen, würden sie sich nicht zu höherer Einheit zusammenfinden als Souveränität des Volkes. Diese bezeichnet im Gegensatz zu der allgemeinen von mehr gefühlsmäßigem Inhalt erfüllten Formel der Menschenrechte einen staatsrechtlich genau umschriebenen wirklichen oder zu verwirklichenden Rechtszustand. Souveränität des Volkes ist dort vorhanden, wo die Gesamtheit der erwachsenen Volksgenossen die oberste Herrschaft im Staate ausübt und durch die Kundgebung ihres Mehrheitswillens entscheidet. Wo Souveränität des Volkes besteht, finden wir zum Bewußtsein unserer Würde erachteten Menschen uns als Glieder eines nicht bloß gehorchenden, sondern auch befehlenden Körpers. Dem niederdrückenden Bewußtsein, einem überlegenen Willen unbedingt gehorchen zu müssen, hält jetzt das erhebende Gefühl die Waage, selbst ein lebendig wirkender Teil jenes gewalti-

gen Willensapparates zu sein, den wir den Staat kennen. Darum ist die Demokratie, in der sich das Prinzip der Volkssouveränität verwirklicht, die gebotene einzig mögliche Staatsform überall dort, wo in den Massen das sittliche Bewußtsein ihrer Menschenrechte lebendig geworden ist. Wenn man sagt, daß die demokratische Staatsform nicht für jedes Land und für jede Zeit paßt — eine ganz unbestreitbare Wahrheit —, so ist damit nur ausgedrückt, daß zu manchen Zeiten und in manchen Ländern ein Gefühl für Freiheit, Würde, Recht der Eigenpersönlichkeit in den breiten Massen nicht vorhanden oder doch nicht stark genug ist, sich Geltung zu schaffen.

Wo das Wahlrecht beschränkt, durch Bevorzugung entwertet wird, ist keine Freiheit. Wo der wahl- oder stimmberechtigte Bürger gehindert ist, nach seiner Überzeugung zu wählen oder zu stimmen, ist keine Freiheit. Wo das Volk oder seine gewählte Vertretung keinen durchgreifenden Einfluß auf die Anwendung der Gesetze, die Führung der Verwaltung, die Verwendung des Heeres hat, ist keine Freiheit. Wo das Recht der Volksvertretung, Gesetze zu geben, durch oligarchische Oberhäuser oder ein monarchisches Verrecht beschränkt ist, ist keine Freiheit. Der persönliche Anteil der einzelnen an dem Souveränitätsrecht des ganzen besteht aber nicht allein darin, daß das Gewicht seiner Stimme ohne jedes andere Gegengewicht als das der gleichberechtigten Gegenstimmen im Staate zur Geltung kommt, sondern auch darin, daß er die Möglichkeit hat, das Gewicht seiner Meinung durch Überredung seiner Mitbürger zu vervielfachen. Diese Möglichkeit ist nicht vorhanden, wenn die Meinungsäußerung von strafgesetzlichen Bestimmungen umgrenzt ist, wenn der geistige Verkehr der Bürger untereinander durch Gesetz oder Willkür erschwert wird. Wo keine Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens herrscht, da wird die Souveränität des Volkes zur Farce, da ist keine Freiheit im Sinne der Demokratie.

Freiheit im Sinne der Demokratie ist Freiheit von allen gesetzlichen Bestimmungen, die den einzelnen in der Ausübung des ihm zufallenden gleichen Anteils an den staatlichen Hoheitsrechten hindern. Die Freiheit des Staatsbürgers der Demokratie besteht darin, mit Befehlen zu dürfen, nicht aber darin, nicht mit gehorchen zu müssen.

Das Problem der Grenzen der Staatsgewalt, des Rechts der Einzelpersönlichkeit gegenüber dem Staatswillen ist kein Problem der Staatsform. Staatsformen unterscheiden sich voneinander nicht durch den Inhalt und die Ausdehnung des Staatswillens, sondern durch die Art, in welcher dieser gebildet wird. Staatsformen unterscheiden sich auch nicht voneinander durch das allgemeine Maß von Freiheiten, das unter ihrer Herrschaft den Staatsangehörigen zugemessen ist, sondern durch das besondere Maß von Freiheit, das dem einzelnen bei seiner aktiven Anteilnahme an der Bildung des Staatswillens zusteht. Die in der Ausübung ihrer gleich bemessenen politischen Rechte unbehinderten Staatsbürger bilden zusammen das souveräne Volk, das durch Mehrheitsbeschluß entscheidet.

## Das deutsche Volkseinkommen

Jeder Deutsche spürt es täglich, daß sein Einkommen gegenüber den Jahren 1927 bis 1930 sehr wesentlich zurückgegangen ist. Es gibt sogar Millionen Deutsche, bei denen man von einem Einkommen überhaupt nicht mehr reden kann. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1931 insgesamt 37 Milliarden Mark. Es lag um etwa 13 Milliarden unter dem von 1930 und um rund 19 Milliarden unter dem von 1929. Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, betrug das Volkseinkommen 1931 883 Mark gegenüber 1190 Mark im Jahre 1929. Für Inlandszwecke waren im Vorjahre rund 56 Milliarden oder 866 Mark auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar. Im Jahre 1929 lauteten diese Zahlen 73,6 Milliarden und 1151 Mark. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1931 ein um 15 v. H. höheres Einkommen ermittelt als im letzten Vorkriegsjahr. Aufschlußreich ist die Entwicklung des Aufbaues des deutschen Volkseinkommens. Für Lohn und Gehalt wurden im Jahre 1928 und 1929 etwa 43 Milliarden aufgewandt. Im Jahre 1930 dagegen 39,6 und 1931 53 Milliarden. Die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland erhielten 1931 10 Milliarden weniger als zwei Jahre vorher. Mehr als jede andere Bevölkerungsschicht litten sie unter der Krise. Gestiegen ist nur ein Posten, und zwar die Summe, die für Renten und Pensionen ausgegeben wird. Sie stieg von 1929 bis 1931 von 9,2 auf 10,1 Milliarden. Im letzten Vorkriegsjahr mußten für Renten und Pensionen nur 1,4 Milliarden ausgegeben werden. Mehr als das Siebenfache erfordert dieser Aufwand jetzt. Der Posten Lohn und Gehalt betrug 1913 20,7 Milliarden. Der Mehraufwand ist auf die Zunahme der Lohn- und Gehaltsempfänger, aber auch auf Erhöhung der Löhne und Gehälter einzelner Gruppen zurückzuführen. Für 1932 werden die Ziffern über das Volkseinkommen wesentlich geringer sein. Namentlich die Einkommen der großen Masse werden weitere Verluste erleiden. Damit entscheidet sich das Wirtschaftsschicksal Deutschlands.

# VERBAND UND BERUF

## Die Kollegialität im Betriebe

Kollegialität im Betriebe — ist es denn notwendig, darüber auch nur einen Satz zu schreiben? Gehört sie nicht zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens, über die man kein Wort verlieren braucht? Gibt es denn etwas Natürlicheres, als daß diejenigen, die gemeinsam in einem Raume und an einem Werk schaffen, zusammenhalten und sich die Lasten des Lebens soviel wie möglich erleichtern? Und vor allem, ist denn in einem organisierten Berufe wie dem unsrigen unkollegiales Verhalten überhaupt noch möglich? Die jahrelange Erziehungsarbeit der Organisation müßte doch die Berufsangehörigen zu einträchtigem Zusammenwirken erzogen haben.

Eigentlich sollte es so sein, aber die Wirklichkeit zeigt leider oft ein anderes Bild. In mancher Versammlung, in den Gesprächen der Kollegen klingt so oft die bittere Klage über das unkollegiale Verhalten einzelner Berufsangehöriger wider. Es scheint also doch wohl notwendig, daß jeder einmal sein Verhalten den Mitarbeitern gegenüber einer stillen Musterung unterzieht und feststellt, wie es eigentlich bei ihm mit der Kollegialität bestellt ist.

Die Anrede „Kollege“ schließt Verpflichtungen und Bindungen in sich. In gutes Deutsch übertragen bedeutet sie nämlich „Amtsbruder“ und der Nachdruck liegt dabei auf dem Worte Bruder. Brudersinn ist es aber nicht, wenn man zwar beim Schoppen das Lob der Kollegialität in den höchsten Tönen singt, am andern Tage im Betrieb jedoch von brüderlicher Hilfeleistung nichts mehr wissen will. Gewiß ist es bequemer, wenn man jeden einzelnen die im Betriebe gemachten Dummheiten selbst ausbaden läßt, vielleicht auch noch ein bißchen nachhilft, damit sie ja recht an die Öffentlichkeit kommen, und die eigene Unfehlbarkeit und Tüchtigkeit um so heller erstrahlt; aber Kollegialität ist das nicht und es wirkt sich auf die Dauer zum Schaden für die Gesamtheit aus.

Es scheint so, als ob heute über mangelnde Kollegialität mehr zu klagen sei als früher. Es scheint so, als ob heute jeder aus Selbsterhaltungstrieb heraus gezwungen wäre, nur an sich zu denken, um über die nächsten Tage hinwegzukommen. An diese Stelle des Ich-Gedankens muß wieder das „Wir“ treten. Wir Gewerkschafter haben in erster Linie die Pflicht, den Kampf darum zu führen. Denn wie sollten wir wohl die Wirtschaft und die Gesellschaft mit neuem Geist erfüllen können, wenn wir nicht einmal in unserem eigenen Kreise damit den Anfang gemacht hätten!

Zwei Gattungen von unkollegialen Menschen kann man meist unterscheiden: solche, die absichtlich und um ihres eigenen Vorteils willen den anderen Schwierigkeiten machen, und solche, bei denen es aus Gedankenlosigkeit geschieht. Gegen erstere gibt es nur ein Radikalmittel: sie müssen merken, daß sie sich selbst aus dem Kollegenkreis ausschließen. Wenn sie nicht mehr beachtet werden und ihre selbstgewählte Straße einsam ziehen, dann ist es noch am ehesten zu erwarten, daß sie in sich gehen. Je nachdrücklicher eine solche Erziehung wird, um so eher verspricht sie Erfolg. Wer aber durchaus nicht lernen will, nun, den lasse man wandern; kein Kollegenkreis braucht in ihm einen Verlust zu betauern.

In den anderen Fällen, wo unkollegiales Verhalten aus Gedankenlosigkeit zurückzuführen ist, wird eine deutliche Aussprache am besten helfen. Unkollegiales Verhalten ist einerseits aber auch eine solche mangelnden technischen Zusammenarbeitens. Was die erste Seite anbetrifft, so scheue sich kein Vertrauensmann, einen Kollegen auf seine Sünden wider den kollegialen Geist aufmerksam zu machen.

Daneben sollte man eine Aussprache über kollegiales Verhalten gelegentlich in den Mittelpunkt einer Vereinsversammlung stellen. Hier wird es sich darum handeln, die technische Seite des kollegialen Zusammenarbeitens zu erörtern. Durch so manche Kleinigkeit kann das Zusammenwirken im Betriebe erleichtert werden. Kleine Handgriffe sind es oftmals bloß, durch die die Kollegen sich die Arbeit gegenseitig entweder schwieriger oder einfacher machen können. Eine ruhige, leidenschaftslose Aussprache wird viel dabei helfen. Vielleicht nehmen auch die einzelnen Spartenangehörigen diese kleine Betrachtung zum Anlaß, um einmal an dieser Stelle die technische Seite des kollegialen Zusammenarbeitens zu erörtern.

Die Klagen über Unkollegialität werden nie ganz verstummen, weil es immer Menschen geben wird, die über ihr eigenes liebes „Ich“ nicht hinwegsehen können. Aber bei der großen Mehrzahl der Berufsangehörigen wird es doch helfen, wenn ein wenig Erziehungsarbeit nach dieser Richtung hin in den Mitgliedschaften getrieben wird. Versuchen wir es einmal! Der Weg, den der Mensch auf seiner Pilgerfahrt über die Erde gehen muß,

ist an sich schon nicht mit Rosen bepflanzt. Im Gegenteil, ein Stein nach dem andern türmt sich da auf, den das Schicksal uns hingelegt hat. Da sollten wir doch alles daransetzen, um zu verhindern, daß wir uns noch gegenseitig durch Gedankenlosigkeit unsere Pilgerschaft dornenreicher und schwieriger gestalten, als sie ja ohnehin schon ist.

Durch Eigenbrötler und Egoisten hat sich noch kein Berufsstand emporgearbeitet oder auf einer Höhe gehalten, wohl aber durch stete Gemeinsamkeit und gleichen Willen, durch Solidarität und Kollegialität. *B. im „Schulmacher“.*

## Lohnt es, sich noch weiter im graphischen Beruf zu bilden?

Unter dieser Überschrift erschien in Nr. 37 der „Graphischen Presse“ vom 16. September 1932 auf Seite 148 ein Artikel, in welchem der Verfasser im 1. Abschnitt ganz bekannte Tatsachen bringt, nämlich, daß seit Monaten, sogar Jahren, ein großer Kreis von graphischen Fachleuten aus der Tätigkeit ihres erlernten Berufes ausgeschaltet ist. Der Verfasser schreibt am Ende desselben Abschnittes weiter ganz richtig, daß durch lange Erwerbslosigkeit bei vielen das Interesse am Beruf schwindet, aber trotzdem doch jeder genötigt ist, mit dem

Bei allerbescheidenster Lebensführung und -ansprüchen, sogenannten Durchgehern, was übrigens nur dem ledigen Fachkollegen möglich wäre, der noch für keine Familie zu sorgen hat, käme immerhin eine Gesamtausgabe für ein Semester von ca. 600—700 Mark zusammen. Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, welcher arbeitslose Kollege kann sich das heute nach jahrelanger Erwerbslosigkeit noch leisten?

Als graphische Lehranstalten könnte man ferner noch ansehen die Fachschulen (Berufsschulen mit graphischen Abteilungen und Lehrwerkstätten), die es in fast allen Großstädten Deutschlands gibt, an denen graphische Abteilungen sind mit meist sehr gut und modern eingerichteten Lehrwerkstätten.

Leider sehen die Reichs- und Landschulgesetze hier keine Beschulungsmöglichkeit vor für pflichtberufsschulfreie (das heißt jugendliche über 17—18 Jahre) Berufsangehörige, geschweige denn für erwerbslose Fachkollegen.

Jedoch stehen die Direktionen eben dieser Fachschulen (Berufsschulen) den Weiterbildungsbestrebungen und Weiterbildungswillen der Erwerbslosen aus den graphischen Gewerben sehr sympathisch gegenüber und zeigen weitgehendstes Entgegenkommen, soweit die Gesetze es zulassen, wenn Arbeitgeber-Organisationen, Gehilfen-Gewerkschaften, Bildungsverbände, technische Vereinigungen und Arbeitsämter für Erwerbslose Fachkurse einrichten wollen für Theorie und Praxis, soweit Einrichtungen dieser Schulen dem Zweck genügen und Lehrkräfte vorhanden sind. Als Beweis dafür verweise ich auf die Berichte: „Erwerbslosenkurse für das graphische Gewerbe in Dresden“ in Nr. 35 der „Graphischen Presse“ vom 28. August 1931, Seite 159, und Nr. 27 der „Graphischen Presse“ vom 8. Juli 1932, Seite 107.

Aus diesen Berichten kann man ersehen, wie die in Frage kommenden Kreise bemüht waren, den Erwerbslosen aus den graphischen Gewerben Gelegenheit zur fachlichen Weiterbildung zu geben.

Diese fachlichen Weiterbildungskurse waren für die Erwerbslosen vollständig kostenlos. Und so muß es sein, es dürfen dem Erwerbslosen keine Unkosten entstehen und zugemutet werden. Es wäre eine unbillige Härte, wollte man den Armen von ihrer kargen Unterstützung noch Bezahlung abverlangen für Weiterbildung.

Alle interessierten Kreise, vor allem auch die Unternehmer, sollten froh sein, daß der Erwerbslose in seiner wirtschaftlichen und auch seelischen Not noch den Willen aufbringt zur fachlichen Weiterbildung und damit Anpassung an den Fortschritt im Gewerbe.

Darum sollte oberstes und dringendstes Gebot der Stunde sein für alle in Frage kommenden Kreise, überall und immer wieder fachliche Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen für die Erwerbslosen und nicht bloß für diejenigen bis zum Alter von 23 Jahren, sondern hauptsächlich auch für die älteren Fachkollegen, welche meist noch mehr Interesse aufbringen als die jüngsten Jahrgänge.

Man sollte keinen Erwerbslosen zwingen, aber auch keinen ausschließen zur Teilnahme. Völlige Freiwilligkeit sollte zum Grundsatz gemacht werden. Man schaffe ferner laufend die Möglichkeit zur fachlichen Weiterbildung mit wechselnden Teilnehmern, vor allem im Praktikum in den Lehrwerkstätten, damit der Erwerbslose vertraut wird mit den neuesten photomechanischen Verfahren und sich umstellen und orientieren kann.

Man sage auch nicht, es sei kein Geld dazu da, dafür muß Geld da sein. Das ist das Dringendste was gebraucht wird: Weiterbildung und Umstellung der Erwerbslosen im graphischen Gewerbe.

Und nun zum Schluß noch einige Bemerkungen über die eigenartige Beteiligung des benannten Artikels: „Lohnt es, sich noch weiter im graphischen Beruf zu bilden?“ Nun, ich meine, und mit mir werden wohl fast alle Erwerbslosen einig sein, daß man sich selbst aufgibt, wenn man das Interesse am Beruf aufgeben wollte, und das tut derjenige, der sich im graphischen Gewerbe nicht dauernd weiterbildet. Das gilt nicht nur allein für die erwerbslosen Fachkollegen, sondern auch für die noch in Arbeit stehenden.

Nach den dauernden Umwälzungen und Erfindungen und damit Neuerungen in den graphischen Berufen muß wohl jeder bestrebt sein, mit seinen Kenntnissen mitzukommen, damit er nicht eines Tages ganz zur Seite geschoben wird als rückständig und damit unfähig.

Also darum: „Es lohnt wirklich, sich noch weiterzubilden im graphischen Beruf!“

Raymond Gräfe,  
Gewerbelehrer für das graphische Gewerbe,  
Niedersiedlitz.

## Gedenke immer, wer du bist!

*Du bist Freigewertschafter.  
Du hast ein Bündnis geschlossen.  
Fast vierzehn Millionen Menschen  
Und die besten der Arbeitertasse  
Vieler Länder umfaßt es.*

*Sie wollen nicht anderes  
Als mit vereinter Kraft  
Eine neue Welt schaffen.*

*Alles, was den Menschen entwürdigt,  
Was ihm das Menschliche  
Zu nehmen sucht,  
Soll beseitigt werden.*

*Sehr und groß ist dieses Ziel.  
Achte es, bleib ihm immer  
Und allerwärts treu.  
Dann ertingst du vom Segner  
Anerkennung und von  
Unaufgeklärten Kollegen die Befolg-  
schaft.*

Fortschritt im Gewerbe zu rechnen und Kenntnis von Neuerungen im Beruf zu nehmen.

Im 2. Abschnitt seiner Ausführungen weist nun der Verfasser darauf hin, daß sich zwar nicht allerorts Gelegenheit bietet zur fachlichen Weiterbildung für den, der seine freie Zeit nicht nutzlos verstreichen lassen will, und eben diejenigen dann gut täten, die graphischen Lehranstalten zu benutzen, wie sie jeder größere Druckort habe, daß Beschäftigungslosen bei zeitiger Anmeldung und Vorlegung eines Antrages meist Freistelle gewährt würde und die Unterrichtssemester für das Winterhalbjahr 1932/33 am 1. Oktober beginnen.

Zur besseren Orientierung für die arbeitslosen Fachkollegen, welche sich gern und freudig beruflich weiterbilden möchten, und zur Richtigstellung aus eigener Erfahrung und zur Ergänzung folgendes:

Unter dem Begriff graphische Lehranstalten, wenn von Semesterbeginn die Rede ist, können nur die Graphischen Akademien gemeint sein, wie wir sie in Leipzig, München, Frankfurt a. M., Berlin und Breslau haben, denn nur in Akademien, Hochschulen und Universitäten rechnet man nach Semestern.

Mir ist positiv nachweisbar bekannt, daß es an diesen Lehranstalten für Erwerbslose keine Freistellen gibt und ein Semester ca. 200—300 Mark kostet, Wohnung, Beköstigung und Kleidung nicht mit eingerechnet. Wie soll nun ein Erwerbsloser, der nicht in einer dieser großen Druckstädte wohnt, Eltern oder Anverwandte da hat, die Unkosten für Wohnung und Ernährung bestreiten, abgesehen von den hohen Kosten für ein Semester in der Lehranstalt? Dazu kommt für Auswärtige noch das Fahrgehd.

### AUFRUF!

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Übermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu, sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die Solidaritätshilfe! Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

#### Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands,
- Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege,
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
- Allgemeiner freier Angestelltenbund,
- Allgemeiner Deutscher Beamtenebund.

### Das Aktionsprogramm des Reichsbundes

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen erhebt folgende Dringlichkeitsforderungen:

Beseitigung aller Notverordnungsverschriften, die der Reichsversorgung den Charakter eines sozialen Versorgungsrechts genommen haben.

Unbeschränkte Heilbehandlung, kostenlose Inanspruchnahme der Ärzte, Medizin ohne Zahlung einer Rezeptgebühr, orthopädische Versorgung nicht nach Grundsätzen der Billigkeit für den Fiskus, sondern der Zweckmäßigkeit für die Versorgungsberechtigten.

Wiederherstellung des Rechtsanspruchs für Heilbehandlung, Elternrente, den Beamtenschein und Wiederherstellung des Rechtszuges vor den Spruchinstanzen der Reichsversorgung.

Aufhebung der Sperrvorschriften, zum mindesten Wiedergewährung des Rechtsanspruchs auf Versorgung in allen den Fällen, in denen es sich um die Anerkennung von Folgen bereits anerkannter Dienstbeschädigungen oder um Folgen einer Kriegsverletzung handelt.

Gleichmäßige Zusatzrentengewährung an alle bedürftigen Versorgungsberechtigten, solange der Einbau der Zusatzrente in die allgemeine Versorgung nicht erfolgen kann.

Wiederherstellung der Zuständigkeit des Reiches für die Finanzierung der ergänzenden Fürsorge, auch muß die gehobene Fürsorge den Kriegsoffizieren erhalten werden.

Aufhebung sämtlicher Vorschriften über Anrechnung öffentlichen und privaten Einkommens auf die Renten und ganz besonders Wiederherstellung des Grundsatzes von Leistung und Gegenleistung in der Sozialversicherung, d. h. Streichung aller Anrechnungsbestimmungen, die das Ruhen

oder die Kürzung von Versicherungsrenten beim gleichzeitigen Bezuge von Militärrente anordnen. Gleiche Behandlung der Leichtbeschädigten mit den Schwerbeschädigten.

Gewährung von Kinderzuschlägen und Waisenrente bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres als Rechtsanspruch.

### Die Kriegsoffer und die Weltwirtschaftskrise

Die Krise der Weltwirtschaft wirkt sich in allen Ländern übereinstimmend dahin aus, daß die Mindereinnahmen der öffentlichen Körperschaften zu einem Abbau der sozialen Einrichtungen und der Sozialleistungen führen. Ganz besonders rigoros ist in den letzten Jahren die Versorgung der deutschen Kriegsoffer abgebaut worden. Auch die Leistungen der Sozialversicherung sind unter den Einwirkungen der Schrumpfung des deutschen Wirtschaftskörpers, die durch die Krise der Weltwirtschaft mit verursacht worden ist, in kaum zu verantwortender Weise eingeschränkt worden. Diese Tendenz, die Wirtschaftskrise zum Anlaß zu nehmen, bisher von den breiten Volksmassen erkämpfte Sozialleistungen wieder rückgängig zu machen, macht sich in allen Ländern in mehr oder minder starkem Maße bemerkbar. Es lag also nahe, daß sich auch der kürzlich in Wien stattgefundenen Kongreß der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer (nach der französischen Bezeichnung kurz Ciamac genannt) mit dem Problem der Weltwirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf die Sozialpolitik der einzelnen Nationen beschäftigte. Als Ergebnis dieser Beratungen, an denen Genosse Dr. Foth, Landrat in Neustrelitz, als Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hervorragenden Anteil hatte, wurde eine entsprechende Entschließung vom Kongreß einstimmig angenommen.

### Zum Reichsschulgesetz

Das Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Unterrichtsminister aller deutschen Länder, sowie zahlreiche Pressemeldungen kündigen neue Verhandlungen über das Zustandekommen eines Reichsschulgesetzes an. Die freien Schulgesellschaften bekämpfen aufs schärfste ein von der Reaktion beabsichtigtes Reichsschulgesetz, das nicht die Forderungen der Reichsverfassung erfüllt. Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands E. V. fordert die bekenntnisfreie weltliche Schule, die für alle Kinder ohne Rücksicht auf ihre Bekenntnis- und Weltanschauungszugehörigkeit offen steht, da nur sie die Gewissens- und Meinungsfreiheit für Kind und Lehrer gewährleistet.

### Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen

Um die zahlungsunfähigen Versicherten nicht zum Rückkauf ihrer Versicherung zu verleiten und damit den Verlust eines Teils der eingezahlten Beiträge zu verhüten und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß auch der zahlungsunfähige Versicherte den Versicherungsschutz braucht (vielleicht dringender als der zahlungskräftige), hat die Volksfürsorge die Einrichtung der prämienvollen Versicherung. Sie bietet außerdem den Vorzug, die ursprünglich abgeschlossene Lebensversicherung unter Beachtung sehr weitherzig gehaltenen Bestimmungen jederzeit wieder in Kraft setzen zu können.

In der Inanspruchnahme einer Einrichtung zeigt sich meistens ihre Bewährung. So ist es auch mit der Wiederinkraftsetzung bei der Volksfürsorge. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres haben davon 33.563 Versicherte, die ihre Prämienzahlung eingestellt hatten, Gebrauch gemacht. Ohne daß ihnen Unkosten erwachsen sind, lediglich auf Grund der günstigen Versicherungsbedingungen, sind sie jetzt wieder in den vollen Genuß der abgeschlossenen Versicherung gekommen. — Von der Volksfürsorge wird hier ein Vorteil geboten, den man beim Abschluß einer Lebensversicherung unbedingt beachten muß.

### Vergleichserklärung

Vor dem Herrn Friedensrichter in Schlettau wurde am 22. Oktober 1932 folgendes abgeschlossen, was ich durch meine Unterschrift bekenne:

Bei einem politischen Gespräch am 22. Juli 1932 habe ich, im Beisein meiner Frau und eines meiner Hausbewohner, dem Vorsitzenden der Zahlstelle Schlettau unter anderem den Vorwurf gemacht, daß er schuld daran sei, daß ich die Extraunterstützung im Jahre 1931 nicht weiter bekommen habe und daß weiter mein Ausschluss aus dem Verbände zu Unrecht erfolgt sei.

Ich erkenne hiermit an, daß ich als Notstandsarbeiter 13 Wochen lang ca. 40 Mark verdient habe und in dieser Zeit keine Beiträge bezahlt habe. Als ich vom Kassierer gemahnt wurde, bin ich meinen Pflichten auch nicht nachgekommen; weiter bin ich auch in den Versammlungen, zu denen man mich geladen hatte, nicht erschienen. Deshalb ist mir später, als ich den Antrag auf Unterstützung stellte (ich wollte, daß man mir die rückständigen Beiträge von der Unterstützung kürzte), diese verweigert worden und deshalb ist dann auch der Ausschluss erfolgt.

Mein Verhalten gegenüber dem Vorsitzenden muß ich unkollegial und ungerechtfertigt anerkennen.

Schlettau (Erzgeb.), den 2. 11. 1932.

Walter Fiedler.

### Adressenänderungen

#### 1. Nachtrag

zum Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler und Unterstützungsanzahler vom 14. Oktober 1932.

Burgstädt i. Sa.: U.-A.: Werner Delling, Göppersdorf b. Burgstädt i. Sa., Obere Dorfstr. 39 B.

Heidenau Bez. Dresden: U.-A.: Albert Eißrich, Heidenau 2, Bez. Dresden, Friedrich-Ebert-Straße 29 III.

Lauban i. Schl.: U.-A.: Herbert Roscher, Lauban in Schl., Görlitzer Straße 21.

Saarbrücken: A.-E.: Karl Brunk, Saarbrücken, Großherzog-Friedrich-Straße 111 a. U.-A.: Julius Springer, Saarbrücken I, Spicherer Bergstraße 123.

Waldkirch i. B.: U.-A.: Willy Reiser, Waldkirch i. B., Au-Straße 7.

#### Internationale Adressen:

England: Für Steindr.: The Amalgamated Society of Lithographic Printers of Great Britain and Ireland: F. F. Boaler, 70 Cecil Street, Manchester, Whitworth Park.

### Vom Büchertisch

Die Niederschlagung der Hauszinssteuer auf Grund der Verordnung vom 29. August 1932 und der neuesten Ausführungsbestimmungen nebst Anleitung zur Durchführung des gesamten Verfahrens einschließlich aller Rechtsmittel unter Berücksichtigung der preußischen Notverordnung vom 8. Juni 1932. Bearbeitet von Bankdirektor a. D. Rud. Körfgen, Steuersachverständiger in Bonn a. Rh., Ermekeilstraße 1. Preis 2 Mark.

Für jeden Mieter und für jeden Hausbesitzer ist zur Zeit die Frage außerordentlich wichtig, unter welchen Voraussetzungen jetzt die Hauszinssteuer niederschlagen wird, da diese Bestimmungen ganz erheblich geändert worden sind. In leicht verständlicher Weise wird in diesem Büchlein eine umfassende Darstellung der in Preußen geltenden Vorschriften gegeben, weshalb die Anschaffung dieses Buches bestens empfohlen werden kann.

### Inhaltsübersicht

Hauptteil: Kulturaufgaben der Gewerkschaften Das Recht des Volkes besteht in der Demokratie Das deutsche Volkseinkommen.

Verband und Beruf: Die Kollegialität im Betriebe Gedanke immer, wer du bist! / Lohn es, sich noch weiter im graphischen Beruf zu bilden?

Aufruf / Das Aktionsprogramm des Reichsbundes Die Kriegsoffer und die Weltwirtschaftskrise Zum Reichsschulgesetz / Wiederinkraftsetzung von Lebensversicherungen / Vergleichserklärung Adressenänderungen / Vom Büchertisch / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in la Lithographic-Qualität

la Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G. M. B. H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Tel. F. 8, Oberbaum 2289.

EIN OFFENES WORT AN ALLE  
LUISE OTTO



VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN  
Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen.  
113. bis 135. Tausend.  
Mit viel. Abbild. — Vorzensend. Mk. 1.— portofrei. (Verschloz. Brief.)  
W. Pfannkuch & Co., Magdeburg.

Viele Kollegen

an Stein- und Offsetpressen erleichtern sich die Arbeit durch Verwendung von

UNGERS „Antitrocken“

Kein Eintrocknen der Farbe über Nacht, keine Nachteile.

Paul Unger, Zwickau Sa.

Schleibach Nr. 133. (Früher Offsetinstultor.)